

# Kritik an der FDP nach Jamaika-Aus

Nach dem Jamaika-Aus: Ferlemann setzt auf Tolerierung einer Regierung Merkel durch die SPD – Viele erwarten Neuwahlen

Von Karsten Wisser, Sabine Lepél, und Claudia Michaelis

**LANDKREIS.** Das Scheitern der Jamaika-Sondierungen war am Montag das große Thema und der Zeitpunkt des FDP-Ausstiegs hätte für die gedruckten Medien nicht ungünstiger sein können. Als der FDP-Vorsitzende Christian Lindner kurz vor Mitternacht vor die Presse trat und den Ausstieg seiner Partei aus den Gesprächen verkündete, liefen die Druckmaschinen bereits – auch im Stader Pressehaus. Das TAGEBLATT hat am Tag danach Bundestagsabgeordnete und wichtige Partei-Repräsentanten gefragt, wie es jetzt aus ihrer Sicht weitergeht.

„Ich bin enttäuscht und auch ein bisschen schockiert“, sagt **Enak Ferlemann**. Der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Cuxhaven-Stade und Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium hatte sich vor Jamaika eine Stärkung für die erneuerbaren Energien erhofft. Das ist ein Thema, das aufgrund von Windkraft und Wasserstofftechnologie in Nordwestniedersachsen eine große Rolle spielt. „Ich glaube nicht, dass der Wähler das Verhalten der FDP honorieren wird“, sagt Ferlemann. Er hat eine klare Vorstellung, wie es jetzt weitergehen soll. „Ich habe Verständnis dafür, dass die SPD keine Große Koalition will, aber einer Kooperation darf sie sich nicht verweigern“, so Ferlemann. Sein Plan: Union und SPD einigen sich auf den Haushalt und andere inhaltliche Punkte, die unstrittig sind und die SPD toleriert eine Minderheitsregierung Merkel für einen vorher festgelegten Zeitraum. Herbst 2018 nennt Ferlemann. Danach könnte über die Vertrauensfrage Neuwahlen ausgelöst werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Oliver Grundmann** aus Stade sieht die SPD in der Pflicht, Neuwahlen zu verhindern. „Ich bin fassungslos, dass sich gewählte Parteien ihrer Verantwortung entziehen, und sich nach der SPD jetzt auch die FDP schmollend in die Ecke zurückzieht. Es geht schließlich um unser Land“, so Grundmann. Es seien wirklich



Jamaika hat als Farbkombination für eine Koalition auf Bundesebene erst einmal ausgespielt.

Foto dpa

dramatische Zeiten. „Ich erwarte, dass sich jeder Parlamentarier und alle Fraktionen im Deutschen Bundestag ihrer staatspolitischen Verantwortung bewusst werden. Deutschland braucht eine stabile Regierung.“ Aber: Grundmann saß auf dem Weg nach Berlin mit dem früheren SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück im Zug zusammen. Grundmann: „Er sieht keine Chance für eine Neuauflage der Großen Koalition.“

Das sieht **Petra Tiemann** aus Kutenholz auch so. Die Bezirksvorsitzende der SPD-Nordwest will, dass ihre Partei trotz des Scheiterns von Jamaika nicht in eine Große Koalition geht. „Wir haben uns da eine halbe Stunde nach der Bundestagswahl festgelegt und sollten dabei bleiben“, sagt sie. Bei Neuwahlen müsste sie schnell einen Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Stade-Rotenburg finden. Der Stader

SPD-Chef Oliver Kellmer hatte nach zwei Niederlage angekündigt, nicht wieder anzutreten.

Der Buxtehuder **André Grote** war der FDP-Kandidat im Wahlkreis Stade-Rotenburg. Er befürwortet die Haltung seiner Partei. „Das ist konsequent“, sagt er. „Wir haben unsere Zusagen eingehalten“, so Grote, „wir haben Gespräche geführt, Kompromisse angeboten und verhandelt. Das Ergebnis ist aus unserer Sicht nicht mit dem vereinbar, was wir den Wählern vor der Wahl zugesagt haben, daher ist das Beenden der Sondierung der einzige Richtige Schritt.“

In letzter Konsequenz sei für ihn das Scheitern der Sondierung doch überraschend gekommen, sagt **Michael Grosse-Brömer**, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Landkreis Harburg und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er bedauere, dass die FDP

kurz vor dem Ziel entschieden habe, Jamaika zu beenden. „Bei allen Schwierigkeiten hätte Jamaika doch auch die Chance gehabt, in vielen Bereichen ideologisch zu befrieden“, glaubt er. Jetzt müsse der Bundespräsident entscheiden, was weiter zu tun sei. Natürlich bleibe auch die SPD staatspolitisch verantwortlich. Eine Minderheitsregierung halte er nicht für sinnvoll. Gut sei, dass die Kanzlerin gesagt habe, dass sie alles daran setzen werde, dass das Land durch die folgenden schwierigen Wochen gut geführt werde. Die CDU werde ihr verantwortliches Handeln weiter fortsetzen, „die Union steht hinter dieser Kanzlerin“, betont Grosse-Brömer.

Auch sie habe mit dem Scheitern in letzter Sekunde nicht gerechnet, deshalb fehlten ihr jetzt auch etwas die Worte, kommentiert die Sevetaler SPD-Bundestagsabgeordnete **Svenja Stadler**

das Scheitern der Sondierung. Wichtig sei, dass jetzt keine Hauruck-Aktionen unternommen würden, sondern alle besonnen mit der Situation umgehen und in Ruhe überlegen und abwägen, welche Möglichkeiten es jetzt überhaupt gebe und was das Beste sei für Deutschland. Nach wie vor stehe die SPD nicht für eine Große Koalition zur Verfügung. Sie würde sich wünschen, dass es andere Möglichkeiten gibt und dass es nicht zu Neuwahlen kommen müsse, weil es dann wieder wochenlang keine handlungsfähige Regierung gäbe und das in einer unruhigen Zeit, in der gerade viele Arbeitsplätze, bei Siemens oder bei Air Berlin, auf dem Spiel stehen. Auch eine Minderheitsregierung hält Stadler für vorstellbar. „In den nordischen Ländern funktioniert das.“

Der Hamburger Abgeordnete **Manuel Sarrazin** sitzt für Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und schaute gestern bereits wieder nach vorn: „Das ist jetzt so“, sagte der im Alten Land lebende 35-Jährige dem TAGEBLATT. „Ich stelle mich auf Neuwahlen ein.“ Sarrazin sieht den Grund für das Scheitern der Koalitionsgespräche ganz klar bei der FDP: „Die FDP hat keinerlei Absicht, das Land zu gestalten“, so der Grünen-Politiker. Besonders Parteichef Christian Lindner habe nur den kurzfristigen Profit gesehen und stelle damit Deutschlands Stabilität infrage, meinte der Europapolitiker.

Der Wilhelmsburger **Metin Hakverdi** (SPD), der wie Sarrazin den Wahlkreis Harburg-Bergedorf in Berlin vertritt, ist ebenso „entsetzt über das verantwortungslose Verhalten“ von Christian Lindner. Das sei etwas völlig anderes, als die Absage der SPD an CDU/CSU bezüglich der Weiterführung einer Großen Koalition. „Die SPD spielt eine ganz andere Rolle im Parteigefüge. Das Wahlergebnis hat deutlich gezeigt, dass die Wähler keine Große Koalition mehr wollen“, so Hakverdi. Er geht ebenfalls von Neuwahlen aus. „Wichtig ist vor allem, dass es schnell Klarheit darüber gibt, wie eine Regierungsbildung vorstattengehen soll“, sagt Hakverdi. „Alle Parteien müssen sich jetzt so verhalten, dass Deutschland keinen Schaden nimmt.“ Schließlich habe die Regierungsbildung auch Auswirkungen auf das Ansehen des Landes in Europa und der Welt.